

Merkblatt zur Erhebung von personenbezogenen Daten
(Informationspflicht nach Art. 13 DS-GVO - Direkterhebung beim Betroffenen)

Sie haben sich mit einem Anliegen an die Einbürgerungsbehörde des Landratsamtes Greiz gewendet. Um Ihr Anliegen/Ihren Antrag ordnungsgemäß bearbeiten zu können, erheben und speichern wir Daten zu Ihrer Person. Für diese Daten sind wir verantwortlich. Wir möchten Sie mit diesem Merkblatt gern darüber informieren, wie wir mit den Daten umgehen, die wir zu Ihrer Person erhoben haben.

1. Namen und Kontaktdaten des Verantwortlichen
(Art. 13 Abs. 1 lit. a DS-GVO)

Verantwortlicher: Landratsamt Greiz
die Landrätin
Dr.-Rathenau-Platz 11
07973 Greiz

Innerorganisatorisch für die Datenverarbeitung verantwortlich:

Abteilung III
Amt Ordnungsamt/Einbürgerungsbehörde

Kontakt:

Telefon 03661/876 650
Fax 03661/876 222
E-Mail ordnungsamt@landkreis-greiz.de

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten
(Art. 13 Abs. 1 lit. b DS-GVO)

Postanschrift:

Datenschutzbeauftragte/r Landratsamt Greiz
Dr.-Rathenau-Platz 11
07973 Greiz

Kontakt:

Telefon 03661/876 0
Fax 03661/876 222
E-Mail datenschutz@landkreis-greiz.de

3. Zwecke der Datenverarbeitung
(Art. 13 Abs. 1 lit. c HS 1 DS-GVO)

- Beratung zum Einbürgerungsverfahren
- Entgegennahme von Einbürgerungsanträgen
- Bearbeitung und Entscheidung über Einbürgerungsanträge
- Abhilfeprüfung bei Widerspruch gegen Ablehnung der Einbürgerung
- Beteiligung im Klageverfahren gegen die Ablehnung der Einbürgerung
- Verarbeitung der Daten in hausinterner Statistik
- Verarbeitung der Daten im Rahmen von Aufsichts- oder Kontrollbefugnissen innerhalb der Behörde und durch Aufsichts- und Kontrollbehörden außerhalb des Landratsamtes Greiz
- Verarbeitung der Daten im Rahmen von Maßnahmen der Rechnungsprüfung

- Verarbeitung der Daten im Rahmen der Durchführung von Organisationsuntersuchungen für das Landratsamt Greiz
- Nutzung der Daten zur Prüfung und Wartung automatisierter Verfahren der Datenverarbeitung
- Nutzung der Daten zu Ausbildungs- und Prüfungszwecken durch das Landratsamt Greiz
- archivrechtliche Anbieterung nach Ablauf der festgelegten Aufbewahrungsfristen
- _____
- _____

4. Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

(Art. 13 Abs. 1 lit. c HS 2 DS-GVO)

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt auf der Grundlage von:

§ 31 Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG), § 33 Abs. 3 und Abs. 5 StAG, § 36 StAG, § 37 Abs. 2 StAG, § 11 Thüringer Archivgesetz (ThürArchivG)

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern

(Art. 13 Abs. 1 lit. e DS-GVO)

Ihre personenbezogenen Daten erhalten folgende Empfänger bzw. Kategorien von Empfängern:

innerhalb des Verantwortlichen:

Ausländerbehörde
Wohngeldstelle (bei aktuellem oder früherem Bezug von Wohngeld)
Jobcenter (bei aktuellem oder früherem Bezug von „Hartz IV“)
Jugendamt (Unterhaltsvorschussstelle; bei aktuellem Bezug von Unterhaltsvorschuss)
Sozialamt (bei aktuellem Bezug von „Sozialhilfe“)
Gewerbeamt (soweit der Antragsteller selbständig tätig ist)
Kreiskasse

Auftragsverarbeiter:

Landesrechenzentrum (bei der elektronischen Abfrage beim Bundeszentralregister agiert das Landesrechenzentrum als sog. Kopfstelle)

Dritte (außerhalb des Verantwortlichen):

Einwohnermeldeämter (frühere Wohnsitze, aktueller Haupt- und Nebenwohnsitz)
Inländische Standesämter (Geburtsstandesamt, Eheschließungsstandesamt, Lebenspartnerschaftsstandesamt, evtl. Standesamt I in Berlin zur Identitätsermittlung bzw. Ermittlung der Namensschreibweise im deutschen Rechtsbereich)
Staatsanwaltschaft und Polizeidienststellen (bei anhängigen oder abgeschlossenen Strafverfahren/Ermittlungsverfahren)
Landeskriminalämter der Hauptwohnsitze der vergangenen 5 Jahre bzw. **Bundeskriminalamt** zur Ermittlung, ob derzeit strafrechtliche Ermittlungsverfahren anhängig sind
Landesamt für Verfassungsschutz (Ermittlung, ob staatsgefährdende Handlungen vorbereitet bzw. unterstützt werden bzw. wurden)
Bundesamt für Justiz (Ermittlung, ob rechtskräftige strafrechtliche Verurteilungen im In- und Ausland vorliegen)
Bundesverwaltungsamt (Eintragung im Staatsangehörigkeitsregister (EStA-Register); Mitteilung über die Einbürgerung zur Weiterleitung an die Auslandsvertretung des bisherigen Heimatlandes des Eingebürgerten)
Sprachkursträger (bei Rückfragen zum absolvierten Sprachtest)
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (soweit der Antragsteller in Deutschland ein Asylverfahren durchlaufen hat; bei Rückfragen zum Einbürgerungstest bzw. „Test Leben in Deutschland“)
Karrierecenter der Bundeswehr (Mitteilung nach erfolgter Einbürgerung bei männlichen Antragstellern zwischen 18 und 25 Jahren)

Landesamt für Statistik

Finanzamt (zur Ermittlung von Steuerschulden bei selbständig tätigen Antragstellern)

Auswärtiges Amt (bei rechtlichen Fragen mit Bezug zu ausländischem Recht)

Deutsche Auslandsvertretung im Heimatland (bei rechtlichen Fragen mit Bezug zu ausländischem Recht; Durchführung von Identitätsüberprüfungsverfahren in Amtshilfe)

Auslandsvertretung des Heimatlandes in Deutschland (Mitteilung über erfolgte Einbürgerung bei bestimmten Ländern; bei rechtlichen Fragen mit Bezug zu ausländischem Recht)

Amtsgericht als Familiengericht und Betreuungsgericht (bei Fragen zu familienrechtlichen Angelegenheiten (z.B. Sorgerecht, Scheidung); bei Fragen zum Aufgabenkreis des Betreuers)

Thüringer Landesverwaltungsamt (Referat 200) (zur Klärung schwieriger Rechtsfragen; Übersendung des Einbürgerungsvorganges zur Entscheidung, soweit nur eine Einbürgerung nach § 8 Staatsangehörigkeitsgesetz in Frage kommt)

6. Dauer der Speicherung bzw. Kriterien für die Festlegung der Dauer

(Art. 13 Abs. 2 lit. a DS-GVO)

Die Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt für die Dauer von:

1 Jahr	-	alle Aufzeichnungen zu Beratungsgesprächen, soweit später kein Antrag auf Einbürgerung gestellt wurde; bei Abgabe der Antragsunterlagen an eine andere Behörde (z.B. wegen Wechsel der Zuständigkeit)
10 Jahre	-	bei Ablehnung des Antrages auf Einbürgerung oder bei Rücknahme des Antrages durch den Antragsteller
dauerhaft	-	bei Genehmigung des Antrages auf Einbürgerung

7. Rechte der Betroffenen im Rahmen der Verarbeitung

(Art. 13 Abs. 2 lit. b DS-GVO)

Die nachfolgenden Rechte bestehen nur nach den jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen und können auch durch spezielle Regelungen eingeschränkt oder ausgeschlossen sein.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein **Recht auf Auskunft** über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DSGVO im einzelnen aufgeführten Informationen.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die **Berichtigung** sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die **Vervollständigung** unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DSGVO).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DSGVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z. B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (**Recht auf Löschung**).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die **Einschränkung der Verarbeitung** zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DSGVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z. B. wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen.

Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten **Widerspruch** einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann grundsätzlich nicht mehr (Art. 21 DSGVO).

Die betroffene Person hat das Recht, die sie betreffenden personenbezogenen Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten und diese Daten einem anderen Verantwortlichen zu übermitteln, (Art. 20 DS-GVO).

8. Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde

(Art. 13 Abs. 2 lit. d DS-GVO)

Im Rahmen der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten haben Sie das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde nach Art. 77 Abs. 1 DS-GVO. Dies ist in Thüringen der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Häßlerstraße 8, 99096 Erfurt (www.tlfdi.de).

9. Gesetzliche oder vertragliche Pflicht zur Bereitstellung der Daten

(Art. 13 Abs. 2 lit. e DS-GVO)

Die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten ist

gesetzlich vorgeschrieben vertraglich vorgeschrieben für einen Vertragsabschluss erforderlich.

Sie sind verpflichtet Ihre personenbezogenen Daten bereitzustellen: ja nein

Die Folgen Ihrer Nichtbereitstellung sind:

Ablehnung Ihres Einbürgerungsantrages

10. Automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß

Art. 22 Abs.1, 4 DS-GVO (Art. 13 Abs. 2 lit. f DS-GVO)

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt mittels automatisierter Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 Abs. 1, 4 DS-GVO: ja nein

11. Weiterverarbeitung für einen anderen Zweck

(Art. 13 Abs. 3 DS-GVO)

Ihre personenbezogenen Daten werden für einen anderen Zweck weiterverarbeitet als den, für den die Daten erhoben wurden ja nein